

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wortführerlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Gleich-Bundesrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 47/48.

Berlin, Sonnabend, 10. Juni 1916.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Willkommen zum Verbandstage! — Verständliche Worte. — Wichtige Entscheidungen für Kriegsteilnehmer auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbandsrat. — Literatur. — Anzeigen.

Willkommen zum Verbandstage!

Zum 19. Male seit Bestehen unserer Gesamtorganisation werden sich in diesen Tagen die Vertreter der Deutschen Gewerkevereine zusammensetzen, um zu prüfen, was in den letzten drei Jahren geleistet worden ist, und gleichzeitig festzulegen, nach welchen Richtlinien in der nächsten Zukunft gearbeitet werden soll. Die Zeit, in der wir leben, bringt es mit sich, daß die Gestaltung der Zukunftsaufgaben das Hauptinteresse unserer Tagung in Anspruch nehmen wird. Im Umfang wie an Inhalt gleich bedeutsam sind die Probleme, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Möge der Verbandstag den richtigen Weg weisen, auf dem wir zu dem Ziele gelangen, das zum Nutzen der Organisation und der deutschen Arbeiterchaft erreicht werden muß!

Biel hängt gerade von diesem Gesichtspunkt aus von der Wahl des neuen Verbandsvorsitzenden ab. Die Arbeitslast, die in den letzten Monaten auf dem geschäftsführenden Ausschuss geruht hat, ist immer mehr angewachsen. Die vorhandenen Beamten reichen nicht mehr aus zu ihrer Bewältigung. Es muß eine Kraft vorhanden sein, die helfend eingreifen und die Bügel wieder fest in die Hand nehmen kann, wenn nicht einzelne Glieder unserer Gemeinschaft, die durch den Krieg besonders schwer mitgenommen worden sind, dauernd Schaden leiden sollen.

Wie alle Vorgänge der jetzigen Zeit, wird das gewaltige Geschehen, das sich um uns vollzieht, auch unsere Tagung stark beeinflussen. Selbst äußerlich wird sich das zeigen. So mancher Abgeordnete wird im feldgrauen Ehrenkleide erscheinen, da die Militärbehörden unseren Urlaubsgesuchen gegenüber das größte Entgegenkommen gezeigt haben. Daß dies auch nicht ohne Wirkung auf die Stimmung unseres Verbandstages sein kann, ist selbstverständlich.

Auf die Tagesordnung heute hier nochmals einzugehen, halten wir für überflüssig. Was wir dazu zu sagen haben, ist zum Ausdruck gebracht worden, und auch die Organe der einzelnen Gewerkevereine haben mit ihren Ansichten nicht zurückgehalten. Ueber die Bedeutung der Tagung gibt es nur eine Stimme. Meinungsverschiedenheiten über die Erledigung einzelner Fragen, die selbstverständlich vorhanden sein müssen, werden ausgeglichen werden in dem Gefühl der Verantwortlichkeit, das alle Abgeordneten befeelen wird. Ein großer Teil von ihnen besteht aus alten erfahrenen Kollegen, die schon wiederholt an Verbandstagen teilgenommen haben. Auch die anderen, die zum ersten Male kommen, werden sich des Vertrauens würdig erweisen, daß ihre Kollegen ihnen durch die Wahl entgegengebracht haben. Sonderwünsche darf es für niemand geben, der ein Mandat auf dem Verbandstage auszuüben hat. Einzige und allein das Allgemeinwohl darf ausschlaggebend sein. Nur der eine Gedanke darf die Abgeordneten leiten, daß ihre Beistände der Organisation förderlich sein müssen, daß sie dazu beitragen, den Verband der Deutschen Gewerkevereine durch die Stürme, die uns umbrauen, unfähig zu machen, die Anziehungskraft seiner Glieder zu stärken, das Meer seiner Anhänger zu mehren. Und in diesem Bestreben werden die Abgeordneten bestärkt und gestärkt werden durch die

Erkenntnis, daß die Grundzüge und Lehren, die unser unvorgesehener Dr. Max Sirsch als Richtlinien für die deutsche Arbeiterchaft aufgestellt hat, niemals deutlicher als richtig erkannt worden sind als durch die Erfahrungen dieses gewaltigen Weltkrieges, der für so viele Einrichtungen erst den wahren Prüfstein bildete. Diese Erkenntnis muß uns und wird uns auch bei den Beratungen auf dem Verbandstage eine Mahnung sein. In demselben Sinne fortzufahren, ohne dabei zu veräuern, uns den veränderten Verhältnisse anzupassen, das möge der Leitstern sein, nach dem sich die Verbandstagsabgeordneten in ihren Beschlüssen richten.

Für die Zukunft braucht uns dann nicht bange zu sein. Der in den Deutschen Gewerkevereinen organisierten freiwillig gesinnten Arbeiterchaft, die sich nicht nur mit Worten, sondern wie gerade die Kriegszeit gelehrt hat, auch in ihren Taten zum nationalen Gedanken bekennt, eröffnen sich die besten Aussichten. Mühen wir die Zeit! Sorgen wir dafür, daß sie nicht ein kleines Geschlecht vorfindet! Der Verbandstag hat es in seiner Macht, daß unsere Arbeit in die richtigen Bahnen gelenkt wird. Möge er sich dieser Lastade in vollstem Maße bewußt sein und der echte alte Gewerkevereinsgeist seine Beratungen durchdringen! Mit diesen Wünschen begrüßen wir die Abgeordneten, die aus allen deutschen Gauen zu Vinsingen in unserm Berliner Verbandshaus zusammenströmen, und rufen ihnen entgegen:

Verzich willkommen!

Verständliche Worte.

In einer Zuschrift an das „Königsberger Volksblatt“ macht F. L. unter der Ueberschrift „Ladeln und Bessermachen“ recht zutreffende Bemerkungen, die allgemeine Beachtung verdienen. Es wird da geschrieben:

Je länger der Krieg dauert, desto größer werden die Schwierigkeiten, unser Volk ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Bisher konnten wir noch immer in gewisser Beziehung von den aufgeschickerten Vorräten leben, aber diese Reserven gehen allmählich zu Ende, weshalb wir nunmehr fast ausschließlich auf die Erzeugung unseres eigenen Landes angewiesen sind. Daraus ergeben sich für unsere Volkswirtschaft zwei wichtige Aufgaben, die gelöst werden müssen, wenn unser Volk an seiner Kraft, Gesundheit und Leistungsfähigkeit nicht unerheblichen Schaden erleiden soll.

Die erste Aufgabe liegt auf dem Gebiete der Gütererzeugung und besteht darin, daß alles darangesetzt wird, um so viel Gebrauchsgüter herzustellen, als bei sparsamstem Verbrauch zur Befriedigung unserer notwendigen Bedürfnisse erforderlich sind. Da nur geringe Aussicht besteht, vom Auslande Waren hereinzubekommen, so ist eine Steigerung unserer Gütererzeugung, die natürlich nur mit Anspannung aller unserer Kräfte erreicht werden kann, ein dringendes Erfordernis. Jedes Fleckchen Erde, das irgendeinen Ertrag verspricht, muß ausgenutzt werden, und nicht das geringste Stückchen Brot oder Fleisch darf veräuert werden. Besonders die deutsche Landwirtschaft trägt hier eine große Verantwortung, und es ist ihre heiligste patriotische Pflicht, alles zu versuchen, um hohe Erträge herauszuwirtschaften. Es wäre ein Verbrechen, wollte sie aus Verzögerung oder Selbstsucht in der Produktion von Nahrungsmitteln lässig werden. Aber auch Gewerbe und Industrie müssen sich mit Eifer bemühen, durch angestrengte, kassamerische Arbeit ihre Leistungsfähigkeit bis aufs äußerste zu steigern. Was Natur und Arbeit hergeben können, das muß herausgeholt werden.

Die zweite Aufgabe liegt auf dem Gebiete der Güterverteilung und besteht darin, daß die vorhandenen Lebensmittel gerecht verteilt werden, damit sie in die richtigen Hände kommen. Das schreiende Unrecht, daß die einen sich große Mengen von Lebensmitteln aufspeichern oder zusammenhamstern, während die anderen an Notwendigsten Mangel leiden, muß unbedingt aus der Welt geschafft werden. Durch eine lückenlose, durchgreifende Organisation der Güterverteilung muß es möglich gemacht werden, daß jeder seine notwendigen Bedürfnisse decken kann. Hierzu gehört auch, daß die minderbemittelten Bevölkerungsschichten in die Lage versetzt werden, sich Brot, Fleisch, Fett, Gemüse, Zucker usw. verschaffen zu können. Was nützt ihnen die Brot-, Fleisch- und Butterkarte, wenn es ihnen an Geld mangelt, um diese Waren kaufen zu können? Darum ist es dringend erforderlich, daß durch Gewährung von Steuerzuschüssen, durch Erhöhung der Unterstützungssätze, durch Erweiterung der öffentlichen Fürsorge, eventuell auch durch Massenleistungen die Möglichkeit geschaffen wird, daß auch die Unterschichten durchhalten können. Hierzu bieten sich dem praktischen Sozialpolitiker zahlreiche Aufgaben dar, die zum Teil noch ihrer Lösung harren. Erfreulicherweise nimmt die organisatorische Arbeit, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln geleistet wird, von Woche zu Woche zu. Das freie Spiel der Kräfte auf dem Warenmarkt wird immer mehr ausgeschaltet, und der Preis der Lebensmittel, die durch staatliche oder städtische Organisationen verteilt werden, wächst zusehends. Die organisatorische Arbeit ist erklärlicherweise begleitet von Mißgriffen und Fehlschlägen, weil sie neu und ungewohnt ist und erst auf dem Wege der Versuche sich erproben kann. Darum heftet sich die Kritik an ihre Fersen, und die weitesten Kreise halten mit ihrem Tadel nicht zurück. Wir wollen von den gewohnheitsmäßigen Nörglern gar nicht einmal reden, denn sie sind unverbesserlich, und niemand kann es ihnen recht machen; aber auch wohlmeinende Männer und Frauen legen das kritische Messer an die Tätigkeit der staatlichen und gemeindlichen Verwaltungen. Mandant — man kann wohl sagen, in den meisten Fällen — nicht mit Unrecht! Dennoch aber hat ihr Tadel nur wenig Berechtigung und wenig Zweck. Sie verkennen nämlich die Schwierigkeiten und Schwierigkeiten, die sich trotz der bestehenden Organisationen einer ausreichenden Bedarfsdeckung in den Weg stellen, und sie veräueln, daß auch das besteingerichtete Verteilungssystem versagen muß, wenn zu wenig Gebrauchsgüter vorhanden sind. Wir leben nun einmal gegenwärtig wie in einer belagerten Festung und haben unsere Not damit, auch nur halbwegs durchzukommen. Das dürfen wir uns nicht verhehlen, wenn wir Kritik üben, und darum ist es doppelt falsch und ungerade, wenn wir dem bösen Willen zur Last legen, was eine Folge der ungünstigen Verhältnisse ist.

Dennoch aber wäre es falsch, die Kritik unterbinden zu wollen. Sie hat großen Wert, wenn sie sachlich geübt wird und aus Sachkenntnis entspringt, und dabei den Zweck verfolgt, Aufklärung zu schaffen, Mißverständnisse zu beseitigen und Fingerzeige zu geben. Dieser Wert wird noch dadurch gehoben, wenn der Kritiker oder die Kritikerin den ernstlichen Willen hat, an der Verbesserung des Systems mitzuarbeiten. Das bekannte Sprichwort: „Ladeln kann ein jeder Bauer, Bessermachen wird ihm teuer!“ gibt der Empfindung Ausdruck, daß Ladeln und Bessermachen sich

gegenseitig ergänzen müssen. Es ist ein großer Fehler, daß zahlreiche Leute sich darauf beschränken, zu kritisieren und alles herunterzureißen, daß sie aber nicht zu haben sind, wenn es aufbauende Arbeit zu verrichten gilt. Die Verneinung des Bestehenden und die Aufzählung von manchmal recht ungeeigneten Mitteln und Wegen zur besseren Ausgestaltung der Gesellschaft tut es allein nicht, es muß noch die positive Arbeit hinzukommen. Wir alle, die wir die Ungunst der Gegenwart unangenehm empfinden, müssen mit Sand ansetzen, damit es besser wird und gerechter hergeht. Aus der Not der Zeit heraus muß der starke Wille geboren werden, mitzuarbeiten an dem Wohl unseres Volkes. Dazu gewährt uns die Beteiligung an der organisatorischen Tätigkeit des Staates, der Gemeinden und der Genossenschaften die Möglichkeit. Möge niemand von uns, weder Mann noch Weib, die Gelegenheiten vorbeigehen lassen, sich auf diesem Arbeitsfelde zu betätigen! Demnach wird ein reicher Segen und ein Gefühl hoher Befriedigung hervorgerufen.

Wichtige Entscheidungen für Kriegsteilnehmer auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung.

In der jetzigen Kriegszeit mit ihren Tausenden von Opfern an Erkrankten, Verwundeten und Gefallenen hat die Leistungspflicht der deutschen Arbeiterversicherung erhöhte Bedeutung erlangt. Ist auch in erster Linie der Staat verpflichtet, die Schäden des Krieges zu heilen, so darf andererseits doch auch die Arbeiterversicherung nicht zurückbleiben, überall dort helfend einzuwirken, wo es ihre gesetzliche Pflicht ist. Was für Friedenszeit gilt, findet seine Einschränkungen in der Kriegszeit, es sei denn, daß durch die Kriegsgesetze eine Abänderung erfolgt ist.

Soweit Ausnahmegesetze für die Arbeiterversicherung zu Beginn des Krieges erlassen wurden, haben diese in der Hauptsache den Zweck, die Rechtsansprüche zu sichern, also nicht zu schmälern. Lediglich in der Krankenversicherung fand eine kleine Einschränkung durch Herabsetzung der Mehr- auf die Regelleistungen statt. Die Mehrzahl der davon betroffenen Krankenkassen hat jedoch die vor dem Kriege jahresmäßigen Mehrleistungen ganz oder teilweise wieder eingeführt, nachdem die bisherige Kriegsdauer gezeigt, daß die befürchtete Mehrbelastung der Kassen nicht eingetreten ist.

Wenn auch in mancher Hinsicht die Rechtslage über die Ansprüche der Kriegsteilnehmer an die Arbeiterversicherung durch verschiedene Entscheidungen des Reichsversicherungsamts geklärt ist, so bestehen doch noch viele Zweifelsfragen, die von Spruchbehörden zu entscheiden sind. Einige besonders wichtige Streitfragen, die für Kriegsteilnehmer von erheblichem Interesse sind, haben neuerdings durch Entscheidungen des Reichsversicherungsamts sowie eines Oberversicherungsamts wesentliche Klärung erhalten.

Die Frage, ob erkrankte oder verwundete Kriegsteilnehmer, welche über 26 Wochen in Lazarettbehandlung stehen, für die weitere Dauer des 26 Wochen übersteigenden Lazarettaufenthaltes Anspruch auf Invaliden- oder Krankrente haben, sofern ihre Erwerbsbeschränkung 66 2/3 Proz. nicht erreicht, ist mit Rücksicht auf die erheblichen Kosten von den Versicherungsanstalten bestritten und demgemäß die Ansprüche in den meisten Fällen abgelehnt worden. In dieser überaus wichtigen Streitfrage liegt nun eine Entscheidung des Grob-berzöglichen Oberversicherungsamts *Darmstadt* vor, der folgender Streitfall zugrunde lag:

Ein Kriegsteilnehmer war über 26 Wochen in Lazarettbehandlung und stellte den Antrag auf Bewilligung der Invaliden- bzw. Krankrente. Zu dem Rentenantrage legte er ein Zeugnis des Stabsarztes vor, in dem er als zu 40 Prozent erwerbsbeschränkt bezeichnet wurde. Die Landesversicherungsanstalt Hesse lehnte den Rentenanspruch ab, da Invalidität noch nicht bestesse. Hiergegen legte der Kriegsverletzte Berufung ein, welche das Oberversicherungsamt zu seinen Gunsten entschied.

In den Urteilsgründen wird u. a. folgendes angeführt: Das Gericht ist der Auffassung, daß allgemein Kriegsteilnehmer stets für die Zeit ihres Lazarettaufenthaltes als invalide im Sinne des § 1255 der Reichsversicherungsordnung zu betrachten sind und daher Anspruch auf Invaliden- oder Krankrente haben, soweit im übrigen die Voraussetzungen (Anwartschaft an die Versicherung) hierfür gegeben sind. Der Gesetzgeber geht bei der Ferne, ob jemand Anspruch auf Invaliden- oder Krankrente habe oder nicht, davon aus, ob

er sich mit Rücksicht auf seine Gesundheitsverhältnisse etwas erwerben, verdienen kann. Dies sei aber unmöglich für einen Versicherten, solange er sich im Lazarett befindet, da er dann keine Möglichkeit habe, sich erwerbslos zu betätigen.

Der Lazarettaufenthalt von Kriegsteilnehmern bedingt daher, insoweit nicht besondere Umstände vorliegen (z. B. Beurlaubung tagsüber zwecks Berrichtung von Lohnarbeit usw.), Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 1255 der Reichsversicherungsordnung. Praktisch würde es auch zu unliebsamen Konsequenzen führen, wenn einem Teil der in Lazarett befindlichen Kriegsteilnehmern die Rente bewilligt, dem andern verweigert würde. Bekümmerte Bedenken können nicht in Frage kommen, wenn es sich um Rechte der Versicherten handelt, zumal die Landesversicherungsanstalten in sehr weitgehendem Umfang freiwillige Leistungen auf Grund des § 1274 RVO. zu übernehmen in der Lage sind.

Für das Gebiet der Krankenversicherung hat auch das Reichsversicherungsamt zwei für Kriegsteilnehmer wichtige Entscheidungen gefällt, die in den wesentlichen Punkten nachstehend angeführt seien.

§ 214 der Reichsversicherungsordnung bestimmt:

„Erkrankte Versicherte wegen Erwerbslosigkeit aus, die in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens sechsundzwanzig Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen versichert waren, so verbleibt ihnen der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. Die Kasse hat dem Berechtigten auf Antrag seinen Anspruch auf diese Leistungen zu bestätigen. Sterbend wird auch nach Ablauf von drei Wochen gewährt, wenn die Krankenhilfe bis zum Tode geleistet worden ist.“

Der Anspruch fällt weg, wenn der Erwerbslose sich im Ausland aufhält und die Säbung nichts anderes bestimmt.“

In der Literatur ist nun lebhafter Streit darüber entstanden, inwieweit die Vorschriften des § 214 RVO. auf Kriegsteilnehmer anzuwenden sind. Selbst das Badische und Sächsische Landesversicherungsamt haben dahin entschieden, daß die Vorschrift des § 214 RVO. den Kriegsteilnehmern überhaupt nicht zugute komme, da sie nicht wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse ausgeschieden seien. Dagegen hat das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung sich dahin ausgesprochen, daß § 214 RVO. auch für Kriegsteilnehmer gilt, soweit der Versicherungsfall im *Inland* eingetreten, der Kriegsteilnehmer also diesseits der Grenze des Deutschen Reiches verwundet, erkrankt oder gefallen ist.

Auf Grund dieser Entscheidung haben zahlreiche Kriegsteilnehmer Krankengeld in oft beträchtlicher Höhe nachbezahlt erhalten, sowie auch den Hinterbliebenen der Anspruch auf Sterbegeld gewährt wurde. Es geht aus dies in der Mehrzahl der Fälle ohne Rücksicht darauf, ob die Verwundung oder Erkrankung im Feindesland, oder innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches erfolgte.

Nun hat der Große Senat des Reichsversicherungsamts sich erneut mit der Frage beschäftigt und den § 214 Abs. 3 der RVO. dahingehend in einer Entscheidung ausgelegt, daß Ansprüche an die Krankenversicherung nicht begründet sind, wenn der Versicherungsfall (Verwundung oder Erkrankung) im Ausland (Feindesland) eingetreten ist und die Kassenleistung nichts anderes bestimmt. Da die Säbungen der Krankenkassen fast ausnahmslos die Leistungen auf das *Inland* beschränken, so bedeutet die neuerliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts für zahlreiche Kriegsteilnehmer eine bittere Enttäuschung und wohl auch eine unberechtiigte Zurücksetzung gegenüber denjenigen, die im *Inland* erkrankt oder verwundet werden.“

In der Entscheidung wird angeführt, als *Ausland* im Sinne dieser Vorschrift gelte auch, soweit im gegenwärtigen Kriege feindliches *Ausland* von deutschen Truppen besetzt sei. Die besetzten Gebiete seien noch nicht Bestandteile des Deutschen Reiches geworden und können ihnen rechtlich auch nicht ohne weiteres gleichgestellt werden. Das führe freilich zu einer Verschiedenheit in der Behandlung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen, je nachdem der Versicherungsfall diesseits oder jenseits der Grenze des Deutschen Reiches eingetreten ist. Dieses Ergebnis muß unerwünscht sein, bei dem unabweisenden Wortlaut des § 214 Abs. 3

*) Inzwischen hat auf eine Anfrage des Hrn. Wasserfmann hin der Ministerialdirektor Dr. Caspar erklärt, daß der Unterschied zwischen im *Inlande* und im *Auslande* geschehenden Versicherungen in diesem Falle eine Unbilligkeit sei, die durch Bundesratsverordnung beseitigt werden wird. D. R. e. b.

der RVO. könne aber nicht die Rechtsprechung, sondern die Gesetzgebung hier einen Ausgleich schaffen.

Auf Grund dieser Entscheidung ist es also für alle diejenigen versicherten Personen, welche noch mit der Einberufung zum Kriegsdienst zu rechnen haben, ratsam, sobald nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung die freiwillige Weiterversicherung bei der bisherigen Krankenkasse vorzunehmen, denn nur dadurch sichern sie für sich und ihre Angehörigen die Rechte an die Krankenversicherung, gleichviel ob eine Erkrankung oder Verwundung im *Inland* oder im besetzten Feindesland dann eintritt.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 9. Juni 1916.

Die letzte Zentralratsung vor dem Verbandstage nahm noch einen kurzen Bericht über die letzten Vorarbeiten zur Tagung entgegen und beehrte mit dem Amt des Protokollführers für den Verbandstag den Kollegen *Musleitner*. Sodann gab Kollege *Lewin* einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses und erwähnte dabei eine Eingabe an das Oberkommando in den Marken, betreffend den Spargang für Jugendliche, und eine Eingabe an den Bundesrat zwecks Regelung der Beschäftigungszeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Weiter machte er Mitteilung von einer Sitzung einiger führender Gewerkschaften mit Parlamentariern, in der die wichtigsten sozialpolitischen Fragen besprochen wurden. Den Schluß der Sitzung bildeten Berichte der Kollegen *Hartmann* und *Lewin*. Erörtert hat die Ortsverbände *Sommerfeld*, *Sagan*, *Primtenau*, *Sprottau* und *Görlitz*, und weiterhin *Balle* und *Deßau* besucht, letzterer den Ortsverband *Weißfels*. Am Teil erfreuten sich die Versammelungen eines guten Besuchs. Immerhin aber zeigt auch die Erfahrung des Krieges, daß für die Zukunft der Vorbereitung der Ortsverbände eine größere Aufmerksamkeit zugewandt werden muß.

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen und hat sich bis zum 26. September vertagt. Vorher aber hat er noch eine reiche Fülle von Arbeiten erledigt, auf die nach dem Verbandstag in einzelnen wohl noch näher eingegangen werden muß. Hier heute seien nur noch einige sozialpolitische Vorgänge besonders vermerkt. Die Novelle, betreffend die Herabsetzung der Altersgrenze, ist mit unerheblichen Änderungen zur Annahme gelangt, ebenso das Kapitalabfindungsgesetz. Es besteht kein Zweifel, daß auch der Bundesrat seine Zustimmung dazu erteilen wird. Auch die Vereinsrechtsnovelle hat der Reichstag angenommen, ohne Änderungen daran vorzunehmen, da die Regierung dann ihre Zustimmung verweigert hätte. Dagegen ist ein besonderer Antrag auf Aufhebung des Sprocherparagrafen mit sehr großer Mehrheit zur Annahme gelangt. Die Ausfichten, daß dieser Beschluß des Reichstages auch vom Bundesrat aufgegeben wird, sind aber nach den von den Regierungsdirektoren abgegebenen Erklärungen gering.

Die Ernährung der Schwerindustrie-Arbeiter.

In der vorigen Woche fand in Berlin zwischen den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände und den Regierungsdirektoren eine mehrstündige Aussprache über Ernährungsfragen der Schwerindustrie-Arbeiter statt. Die Arbeitervertreter legten eingehend dar, welche Schwierigkeiten die Berg- und Hüttenverksarbeiter in ihrer Ernährung erfahren, einmal durch die außerordentlich gestiegenen Lebensmittelpreise, die man ruhig *Wunderpreise* nennen könne, sodann durch die ganz unzulängliche Verteilung der vorhandenen Lebensmittel. Vor allen Dingen handelt es sich um eine bessere und reichlichere Beschaffung von fetthaltiger Nahrung, Fleisch, Wurst, Butter, *Sved* usw., sodann müsse den noch großen Teil noch recht schlecht entlohnenden Arbeitern durch eine angemessene Lohnverbesserung die Möglichkeit gegeben werden, sich das ihnen zugewiesene Quantum von Nahrungsmitteln zu beschaffen.

Dr. *Selffertich* erklärte, daß er seine ganze Kraft einsetzen werde, um auf dem Gebiete der Nahrungsvorsorgung, insbesondere für die Schwerindustrie-Arbeiter das zu erreichen, was mit den vorhandenen Mitteln heute zu ermöglichen sei. An der Tatsache, daß wir zwei schlechte Ernten hinter uns hätten, sei ja nicht zu rütteln, und der beste Verteilungsmodus könne keine größere Nahrungs-

mittelmengen schaffen. Die Preisentwicklung hänge natürlich auch ab von der Menge der vorhandenen Nahrungsmittel.

Die Hauptvorhandlungen wurden mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts, Herrn v. Batodj, geführt. Er erklärte, daß er es als keine Aufgabe betrachte, einmal eine gerechte Rationierung der vorhandenen Lebensmittel durchzuführen, der Wucherer mit Lebensmitteln zu steuern und den besonders schwer arbeitenden Deutschen größere als die Normalrationen zuführen zu lassen. Hinsichtlich der fetthaltigen Nahrungsmittel könne eine erhebliche Besserung einstweilen nicht in Aussicht gestellt werden, da die Viehbestände nicht ausreichen und der erhebliche Mangel in Futtermitteln infolge der schlechten Ernte zu einer Reduzierung der Viehbestände geführt habe, die nun ihre Folgen zeige. Es könne aber in Aussicht gestellt werden, daß in einigen Monaten, wenn bis dahin mit der Fleischmahlerei nach Möglichkeit geordert werde, ein weit stärkerer Auftrieb von Schlachtvieh eintreten und dann die allergrößten Schwierigkeiten behoben würden. Mit großer Sorgfalt will sich Herr v. Batodj der Ernährung der Berg- und Süntennarbeiter annehmen. Er hofft, daß die allergrößten Schwierigkeiten in der großen Industriegebieten noch bis Pfingsten gemildert werden könnten.

Die Arbeitsnachweise im Deutschen Reich.
Einen in allen Kreisen, die sich mit der jetzt im Kriege besonders wichtigen Frage der Arbeitsvermittlung beschäftigen, tief empfundenen Bedürfnis hat eine Arbeit der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes abgekehrt; diese Behörde hat nämlich (eben — bearbeitet von Dr. Claus — ein Verzeichnis aller bestehenden nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise*) herausgegeben. Wie oft kam es vor, daß bei einem Arbeitsnachweis Arbeitslose, bei einem anderen in derselben Stadt oder deren Nähe dafür geeignete offene Stellen gemeldet waren; die Arbeitslosen blieben ohne Arbeit, die offenen Stellen wurden nicht besetzt — zum großen Schaden beider Teile und der ganzen Volkswirtschaft — weil die Arbeitsnachweise untereinander von den Meldungen keine Kenntnis hatten oder aus irgendwelchen Gründen nicht mit einander arbeiten wollten. Zu der auf Veranlassung des Reichsanwalters am 30. April 1915 im Reichstagsgebäude abgehaltenen Besprechung über Arbeitsbeschaffung für heimkehrende Krieger und die Regelung des Arbeitsmarktes wurde deshalb von allen Seiten die Herausgabe eines Verzeichnisses sämtlicher Arbeitsnachweise durch eine neutrale Behörde, wie sie das Kaiserliche Statistische Amt ist, gewünscht. Das Verzeichnis soll wie in der dem Reichstag vor einiger Zeit vom Reichsamte des Innern vorgelegten Denkschrift über Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises ausgeführt wurde, den zur Entlassung kommenden Kriegsteilnehmern bei der Demobilisierung ausgedient werden, damit sie sich über geeignete Arbeitsvermittlungsmöglichkeiten unterrichten können. Wie im Vorwort erwähnt ist, liegt die Zusammenstellung auf große Schwierigkeiten, weil viele Arbeitsnachweise der durch bundesstaatliche Bestimmungen eingeführten Pflicht eine Anzeige dem Kaiserlichen Statistischen Amt einzufenden, nicht nachkommen sind. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß durch wiederholte Aufforderungen, Nachfragen, durch Zusammenarbeiten mit allen in Frage kommenden Organisationen nunmehr ein vollständiges Verzeichnis der Arbeitsnachweise nach dem neuesten Stande aufgestellt werden konnte.

Die Zuwanderung ausländischer Arbeiter nach dem Kriege behandelt eine Aufschrift, die dem „Grundstein“, dem Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes aus Mitgliebertreuen zugegangen ist. Der Verfasser wünscht, daß die Gewerkschaften für die Zukunft den ausländischen Arbeitern eine andere Behandlung zuteil werden lassen. Sie müßten Front machen gegen die Massenemigration von Ausländern, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt die Löhne herabdrücken, die sonstigen Arbeitsbedingungen verschlechtern, aber für die gewerkschaftlichen Vertre-

tungen der deutschen Arbeiter nicht zu gewinnen sind. Am Schluß der Aufschrift heißt es:

„Kommen wir zum Ende. Die deutschen Gewerkschaften müssen ihre selbständige Stellung in der Ausländerfrage von Grund zu ändern. Sie müssen einmal ihren Einfluß bei der Regierung geltend machen zur Erreichung von gesetzgeberischen Maßnahmen, die die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte so regeln, daß den Einheimischen kein Schaden erwächst. Sodann müssen die Tarifverträge zur Lösung der schwierigen Frage herangezogen werden, indem in ihnen das selbständige Recht der deutschen Arbeiterschaft auf Bevorzugung bei Besetzung der Arbeitsplätze festgelegt wird. Und endlich müssen die deutschen Gewerkschaften dazu übergehen, der Ausländerfrage, aber besser gesagt, ohne die herkömmliche Sentimentalität gegenüberzutreten. Wir wollen in Zukunft jeden Ausländer, der mit dem Verbandsbuch seiner Heimatlichen Organisation zu uns kommt, so wie bisher mit offenen Armen aufnehmen. Aber die unorganisierte Masse der Ausländer wollen wir als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist, als Gegner, denen wir überall und bei jeder Gelegenheit rücksichtslos entgegenzutreten wollen. Wir werden damit nur das tun, was in anderen Ländern: in England, Frankreich und Amerika, schon lange von den Gewerkschaften geübt worden ist.“

Weder die Redaktion des „Grundstein“, noch die des „Correspondenzblattes der Generalkommission“ will sich mit jenen Worten des Verfassers einverstanden erklären. Indessen die Grundgedanken seiner Ausführungen sei jedenfalls der Beachtung wert. Schon diese Bemerkungen verdienen für die Zukunft festgehalten zu werden. Denn das steht zweifellos fest, daß die Frage der ausländischen Arbeiter nach dem Kriege ein überaus wichtiges Problem bildet, mit dem sich alle Arbeiterorganisationen noch sehr gründlich zu beschäftigen haben werden.

Zur Beachtung bei Feldpostsendungen wird von amtlicher Stelle geschrieben: Seit dem Einsetzen der wärmeren Jahreszeit mehrten sich wieder die Klagen der Truppenteile, daß Pakete mit leicht schmelzbaren Stoffen, wie Butter, Fett, Honig usw. infolge mangelhafter Verpackung beschädigt gingen. Solche Sendungen sind für den Empfänger nicht nur wertlos, sondern sie bedeuten auch viele andere Schäden, Briefe und Zeitungen sowie die zur Verpackung der Feldpostsendungen dienenden Beutel. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß Lebensmittel aus leicht schmelzbaren Stoffen während der warmen Jahreszeit nur in Blechbehältern mit fest schließenden Deckeln verpackt werden dürfen, und daß Sendungen solchen Inhalts, wenn sie nur in Pappfäßen oder dergleichen verpackt sind, von den Postanstalten unbedingt zurückgewiesen werden müssen. Von der Verpackung von Butter und Fett ins Feld während der Sommermonate kann wegen der leichten Verderblichkeit dieser Stoffe selbst bei ausreichender Verpackung, nicht dringend genug abgeraten werden.

Amtlicher Teil.
19. ordentlicher Verbandstag der Deutschen Gewerkschaften (D.G.)
Liste der Teilnehmer.

- A. Abgeordnete.
1. Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter.
B. Gleitschiff-Berlin.
C. Hartmann-Berlin.
D. Baldt-Berlin.
E. Gieseler-Duisburg.
F. Friebe-Bühlhorn.
G. Bietsch-Börlitz.
H. Bacia-Nicolai.
I. Schimpfle-Berlin.
K. Bilschke-Botsdam.
L. Horn-Eisenach.
M. Nischel-Gaarden.
N. Rütgebauß-Saunm.
O. Rüter-Eilen.
P. Wisk-Laar.
R. Rügeli-W. Göttingen.
 2. Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter.
S. Raab-Berlin.
T. Graf-Berlin.
U. Schod-Waldenburg.
V. Rohde-Stettin.
W. Obenauf-Saanaenberg.
X. Willems-Wanne.
 3. Verband der Württembergischen Eisenbahner.
Noch nicht gemeldet!

4. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
R. Schumacher-Berlin.
S. Farnholt-Ulm.
5. Gewerkschaft der Textilarbeiter.
A. Reichelt-Spremberg.
B. Berger-Cottbus.
6. Gewerkschaft der Schuhmacher und Lederarbeiter.
C. Sturm-Berlin.
D. Wiesner-Sagen.
7. Gewerkschaft der Schneider.
E. Krüger-Berlin.
F. Lohse-Stettin.
8. Gewerkschaft der Bergarbeiter.
G. Schmidt-Oberhausen.
9. Gewerkschaft der Maler.
H. Bergmann-Berlin.
10. Gewerkschaft der Zigarren- und Tabakarbeiter.
I. Stephan-Weidberg.
11. Gewerkschaft der Töpfer und Ziegler.
J. Reppel-Bitterfeld.
12. Gewerkschaft der Bauhandwerker.
K. Münz-Magdeburg.
13. Gewerkschaft der Gemeindearbeiter.
L. Klauß-Berlin.
14. Gewerkschaft der Eisenbahner.
M. Eichhorn-Berlin.
15. Gewerkschaft der Frauen und Mädchen.
N. Silbermann-Berlin.
16. Gewerkschaft der Bildhauer.
O. Frauenstein-Berlin.
17. Gewerkschaft der Bäcker und Konditoren.
P. Raping-Berlin.
18. Zentralverein der Metzger.
Q. Rafinus-Berlin.
19. Selbständige Ortsvereine der Brauer.
R. Will-Neußölln.

- B. Geschäftsführender Ausschuß.
S. Klein, Verbandsleiter.
T. Lewin, Verbandsredakteur.
U. Neufeldt, Verbandssekretär.
V. Pothhoff, Verbandssekretär.

- C. Verbandsrevisoren.
W. Westendorff-Berlin.

Bezugsliste
Des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften D.G.
Luitung über eingegangene Beiträge.
Monat Mai 1916.

Bauhandwerker: Königsberg M. 2,34, Einzelmtgl. R. 1428 0,78, R. 1705 2,08. Fabrik- und Handarb.: Berlin IV 2,47, Gama 1,69, Kiel-Gaarden 2,21. Frauen und Mädchen: Dale 2,40. Gemeinheitsarbeiter: Berlin I 15,34. Konditoren: Einzelmtgl. R. 3192 0,90. Kaufleute: Einzelmtgl. 2836 1,17. Maler, Radierer u.: Berlin III 1,69, Dresden 1,17, Halle 18,92. Königszell 8,58, Jitzau 7,38. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Neußölln 15,32, Gumbinnen R. 3221 2,08. Bergbauarbeiter: Althaldensleben 26,02, Althausen 26,39. Kap- habenleben 4,16. Königszell 26,08, Roschendorf 2,15. Neuhaldensleben 1,82. Einzelmtgl. R. 1125 3,12, R. 435 1,82, R. 1889 1,00. Schneider: Dresden 6,37, Eberbach 7,41, Sagen 12,48, Halle R. 5864 4,99, Neußölln a. S. 5,33, Stettin 27,00, Straßburg 19,79, Neußölln 9,88. Hauptklasse 4,31, Einzelmtgl. R. 2937 1,36. Schuhmacher und Lederarbeiter: Augsburg 2,58, Frankfurt a. O. R. 1644 0,78, Gopertswerda 8,58, Rating 5,20, Neuhaldensleben 10,14, Neußölln 11,31, Posen III 9,75. Textilarbeiter: Bad Sulza 16,33, Berge-Forst 28,47, Cottbus 27,82, Gelmbrichs 48,70, Sommerfeld 5,33. Zigarren- u. Tabakarbeiter: Einzelmtgl. R. 5376 2,08. Ortsverbände: Jepsitz 22,75, Sagan 45,47, Erlangen 21,58. Summa März 550,67.

Berlin, den 6. Juni 1916.
S. Klein, Hauptkassierer.

* Verzeichnis der Arbeitsnachweise im Deutschen Reich nach dem Stande vom 1. Mai 1916. Im Auftrage des Reichsamtes des Innern bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt. Abteilung für Arbeiterstatistik. I. Ausgabe. P. W. Weber, Berlin, S. B. 88. Vollständig. 9-10. Preis 2 M. Die Verzeichnisse der einzelnen Bezirke (preussische Provinzen und mittel- und süddeutsche Bundesstaaten) sind auch einzeln erhältlich.

Aus dem Verbands.

Quedlinburg. In der letzten Versammlung unseres Ortsverbandes hielt der Bezirksleiter des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Kollege Franke-Magdeburg, einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Verbesserung der Lohnverhältnisse in der Kriegszeit — eine nationale Aufgabe“. Einleitend wies der Redner darauf hin, wie noch Ansturm des Krieges auf die anfänglich große Arbeitslosigkeit bald ein gemäßigter Aufschwung im Wirtschaftslieben eintrat, nachdem dank der Intelligenz der Unternehmer und des Fleißes und der Anpassungsfähigkeit der Arbeiter ein allgemeines Umlernen auf industriellen Gebiete stattgefunden hatte. Von diesem Aufschwung hatten beide Teile Nutzen. Vor allen Dingen aber konnten alle Anforderungen des Heeres in vollstem Maße befriedigt werden. Die Leistungen der deutschen Industrie sind von allen Seiten unumwunden anerkannt worden. Die industrielle Tätigkeit wurde bald demartig an, daß an die Stelle der früheren Arbeitslosigkeit ein starker Arbeitermangel trat, dem dadurch abgeholfen wurde, daß Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in großen Mengen eingestellt wurden. Das brachte wieder einen gewissen Rückschlag, da manche Unternehmer es sich nicht vertragen konnten, an den Akkordarbeitern zum Teil ganz erhebliche Abzüge vorzunehmen. Ein solches Vorgehen verdiente umso größere Verurteilung, weil die höheren Verdienste der Arbeiter durchaus notwendig waren, wenn sie angesehens der noch nie dagewesenen Löhnsverhältnisse ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen wollten. Redner schärfte dann, wie teils durch natürliche Verhältnisse, teils durch künstliche Steigerungen und Wucher die Nahrungsmittelpreise eine unerwünschte Höhe erreicht haben, die das Durchhalten ungenügend erschweren. Das wurde an der Hand eines reichen Zahlenmaterials deutlich bewiesen. Mit diesen Steigerungen haben die Verdienste der Arbeiter nicht Schritt gehalten. Das trifft also für den größten Teil der Arbeiterschaft in Quedlinburg zu.

Erfreulicherweise sei es den Bemühungen der Arbeiterkommissionen gelungen, die Löhne der Arbeiter etwas aufzubessern. Auch in Quedlinburg ist dies geschehen. Die Gewerkschaften haben es als ihre zeitgemäße und nationale Aufgabe betrachtet, vermittelnd einzuschreiten und sind an die Arbeitgeber mit einer Eingabe um Erhöhung der Löhne heranzutreten. Redner konnte bereits eine Anzahl Antworten mitteilen, woraus festzustellen war, daß in einigen Betrieben nicht unerhebliche Lohnerhöhungen oder Teuerungsgulagen an Arbeiter und Beamte bewilligt sind. Auch aus Mitgliedervereinen, selbst von solchen, die bei Handwerksmeistern beschäftigt sind, konnte über Lohnerhöhungen berichtet werden. Deshalb nahm die Versammlung einstimmig noch davon Abstand, weitere Beschlüsse zu fassen, weil zu erwarten ist, daß auch die noch ausstehenden Firmen den berechtigten Wünschen der Arbeiter nachkommen und im Interesse der Industrie selbst wie auch des Staates und der Aufrechter-

haltung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter Entgegenkommen zeigen werden.

Die Versammlung nahm einen ausgezeichneten Verlauf und wird ebenso wie das Vorgehen der Gewerkschaften in der ganzen Sache dazu beitragen, unser Ansehen zu heben und den unorganisierten Arbeitern zu zeigen, wo sie ihre Interessen am besten gewahrt finden.

Besammlungen.

Berlin, Disziplinarflub der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, Greifswalderstraße 221-23. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr. — **Randbetriebsverein Groß-Berlin (Ortsverein II S.-D.).** Sitzung jed. 2. u. 4. Dienstag im Monat, abds. 8 Uhr, im Restaurant „Gasthof“ am Markstr. 6. Die beiden anderen Dienstage Sitzung, Holzpstr. 93 b. Werch.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertretersitzung im Burhop's Gesellschaftshaus, Bremen, Kellenstr. — **Castell (Disziplinarflub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Franke, Sandowerstraße 42. — **Danzig (Ortsverband).** Gemeinsame Versammlungen aller Berufe jeden Sonnabend vor dem 1. des Monats, abends 8 1/2 Uhr im Schuhmacher-Gewerkschafts-Vierertisch jeden Mittwoch, abends 8 1/2—11 Uhr, Leubusstraße im Vereinsl. „Fasan“, Marktstr. — **Elberfeld-Barmer (Ortsverb.).** Jeden letzten Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertretersitzung d. Roggenkämpfer, Elberfeld, Luisenstr. — **Erfurt (S.-D.).** (Gewerkschaftsjägerchor). Jeden Freitag von 8—10 Uhr Leubusstraße im Vereinsl. „Fasan“, Marktstr. 16. — **Frankfurt (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretersitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abds. 6—8 Uhr, Disziplinarflub im Vertretersaal von C. Simon, Alter Markt. — **Gießen (S.-D.).** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Disziplinarflub bei Budewitz. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverbandvertreterflub. b. Hofe, Finkenstr. — **Hamburg (Mehrerflub).** Jeden Montag von 10 bis 12 Uhr bei Orall, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerkschaftsvereinsflub).** Jed. Donnerstags Leubusstraße 5. — **Honigstein in Altona, Einheitsflubflub.** 48-50. — **Honigstein (S.-D.).** Disziplinarflub jed. 3. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. b. H. Hilde, Leubusstraße 6. — **Honigstein (Gewerkschaftsvereinsflub).** Die Leubusstunden finden jeden Mittwoch abends 8—11 Uhr im Vereinsl. „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25. Gäfte und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mährheim (S.-D.).** Jeden 1. Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertretersitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — **Siegen (S.-D.).** (Sängerchor der Gewerkschaften). Die Leubusstunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr

im Lokal „Rebel“, Poststraße 5, statt. — **Stettin.** Eingabe Kollegen sind herzlich willkommen! — **Zell (Disziplinarflub j. Zell, Borligowde u. Keimendor).** Sitzung jeden Dienstag, abends 8—10 Uhr bei Kömer, Schlieperstr. 28, Ecke Schönebergerstraße. — **Zossen (Räder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Mauerstraße 62. — **Zeitz (Disziplinarflub).** Jeden Donnerstag, abds. von 8 1/2—10 1/2 Uhr Disziplinarabend b. Kolleg. Büchel. — **Zeitz (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Vierteljahr, nachm. 4 Uhr Versammlung bei der Vereinsdirektion Wvo. Rabbert (Grenze Banne-Eidel), Viktorstraße 85. — **Zeitz (S.-D.).** (Gesang, „Harmone“ der Deutschen Gewerkschaften). Leubusstunden jeden Mittwoch, abends von 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Klostergarten“. Gesangliebende Gewerkschaften sind willkommen. — **Zürich (Ortsverband).** Gesangsabteilung der vereinigten Gewerkschaften (S.-D.) jeden Sonntag, abends 9 Uhr Singstunde im Verbandslokal „Reinhold“.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.
Genauere Beschreibung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

Geschäftsbericht über das 17. Geschäftsjahr des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ e. G. m. b. H. in Hamburg, mit den Berichten der Handelsgesellschaft „Produktion“ m. b. H. in Hamburg und der Bau- und Grundstückevertriebs-Gesellschaft „Produktion“ m. b. H. in Altona. Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg.

Das Invalidentum in Ungarn. Herausgegeben vom königlichen ungarischen Invalidentum. Druck von Nikolaus Biro, Buchdruckerei, Budapest IX, Radayutca 28.

Jeder Landwirt ein Bienenwirt! Anleitung zu einer vollständigen Bienenzucht für landwirtschaftliche Betriebe. Von August Düb, früherem Wandaerlehrer für Bienenzucht, Rindendörfer i. Westf. Preis 4 Pf. Volkvereins-Verlag e. G. m. b. H., R.-Glückbad.

Technik für Alle. Technische Monatshefte. Bau- und Wirtschaftstechnik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Verkehrstechnik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. Jahrgang 1916/17, Teil I. Preis vierteljährlich RM. 1,25. (Stuttgarter Verlag der Technischen Monatshefte, französische Verlagsabteilung.)


Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit. Von Oekonomierat Dr. phil. h. c. Posch, Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Preis kart. 1,20 RM., geb. 1,80 RM. Verlag von Neimar Döbbling, Berlin.

Tausend hauswirtschaftliche Rezepte. Herausgegeben von Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspreis (Arbeiterwohl) 1913—1916. Volkvereins-Verlag e. G. m. b. H., R.-Glückbad. Preis geb. RM. 1,60.

Baus, Garten, Früh. Mit dem Beiblatt „Tierzucht und Tiererkrankungen“. Seite 7—9. Kosmos-Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart. Erscheint alle 14 Tage. Preis vierteljährlich 75 Pf. französische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, Pfingstr. 5.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.



Gewerbeverein Deutscher Bäcker und Konditoren.
Ortsverein Groß-Berlin.
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, bekanntzugeben, daß unser lieber Freund und Kollege
Serhardt Domnitzsch
im Alter von 21 Jahren vor Verbrennen dem Tod ihres Vaterland gestorben ist.
Wir vermissen in dem Kollegen einen aufrichtigen Freund und tüchtigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.
Der Vorstand.
J. W. Franz Hauptmann.
Gera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerbevereinskollegen wird angezählt bei S. Schneider, Raajenstr. 58.
Münster (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Waagstraße 17.
Schwednitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Befreiungskarten im Werte von 75 Pf. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer J. Reichel, Freiburgerstr. 11-13.

Gagen. I. B. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeld von 75 Pf. beim Kassierer Fritz Umde, Gutsavstr. 31.
Hönigberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten ein Ortsgehalt von 1 Mark beim Kollegen Fr. Fenthur, Vorderer Dorfstr. 58. Dasselbe befindet sich auch der Arbeitsnachweis.
Wetzlar (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Wilh. Roffag, Rottbufer Straße 15.
Schöppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten Nachtquartier und Verpflegung im „Gasthof zum goldenen Rab“.
Natibor, O.-Schl. (Ortsverb.). durchreisende Verbandsmitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer Franz Brehl, Salzstr. 17.
Hegnitz (Ortsverband). Befreiungskarten für durchreisende Gewerbevereinskollegen beim Ortsverbandskassierer Paul Buttke, Georgenstraße 8. Berkeystlokal ist „Prinz von Preußen“, Clogauerstraße.
Sommerfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeld von 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer Emil Franzke, Bahnhöfstr. 8, wochentags abends 6 1/2—8 1/2 Uhr.
Rosowes. Ortsverband. Durchreisende Kollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Ortsverbandskassierer G. W. Bäter, Friedr. Kirchplatz 18.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterstützung bei Rehsfeldt, Geißelstr. 38.
Wabersberg i. Sachl. Durchreisende, arbeitlose Kollegen erhalten ein Ortsgehalt im Betrage von 75 Pf. bei dem Kollegen Richard Benzel, Riedergraben 15.
Prinstenen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Vergütung. Kartenausgabe Hoffmanns Hotel.
Spendau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsgeld von 75 Pf. Zutreffendes Zeit, Bismarckstr. 11.
Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An Durchreisende Unterstützungs-Karten in Altwasser bei Rudolf, Freiburgerstr. 29, und in Waldenburg bei Sempke, Gottesbergerstr. 8. Herbergen in Altwasser: Wolfhof „Schwarze Adler“, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.
Bormann (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitlose Kollegen erhalten Ortsgehalt. Gewerbevereinsbureau, Kriemhildstr. 7. Dasselbe befindet sich auch d. Arbeitsnachweis.
Schwednitz (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewerbevereinskollegen wird ein Ortsverbandsgeld von 60 Pf. gezahlt beim Ortsverbandskassierer Emil Schneider, Hermannstr. 12.
Mährheim a. d. Ruhr (Ortsverband). Das Ortsverbandsgeld für durchreisende Kollegen bei Schaffall, Ruhlfenstr. 43.

Durch das Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine Berlin MO. 55, Greifswalderstraße 222, sind folgende Schriften zu beziehen:
Begriffe des Arbeitsrechts von H. Geyer. Preis 4,80 RM.
Wesentliche Wirtschaftspolitik von Friedr. Kaumann. Preis 8 RM.
Reform des Arbeitsrechts von Dr. Flesch. Preis 20 Pf.
Die Krankenversicherung von Karl Goldschmidt. Preis 80 Pf.
Die Unfallversicherung von Anton Grefelng. Preis 80 Pf.
Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von A. Lewin. Preis 80 Pf.
Die Schwimmschule der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung von Professor Dr. Sommerfeld. Preis 20 Pf.
Entwicklung des gewerblichen Einigungswesens in Deutschland von Magistratsrat R. v. Schulz. Preis 20 Pf.
Meister und Lohnaushebung. Eine privatrechtliche Abhandlung von Dr. O. G. Schmalz. Preis 50 Pf.
Die Streikarten zum Einzelpreis von 10 Pf. kosten in Partien (auch gemischt) bezogen: 10 Stück 80 Pf., 20 Stück 1,50 RM., 50 Stück 3,75 RM.
Verbandsrecht für das Deutsche Reich von Karl Goldschmidt. Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pf., 8 Stück kosten 1,00 RM., 12 Stück 1,80 RM.
Problem der Arbeiterverhütung von Professor Dr. G. Geyer. Preis 10 Pf.

Der Zentral-Arbeitsnachweis
der Berliner Gewerbevereine (Hilfs-Verein)
NO. 55, Greifswalderstraße 221—23
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Benutzung empfohlen.
Bernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4702.